

Tannus-Zeitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz
Eppenhain, Glashütten, Ruppertsheim, Schloßborn

Anzeiger für Ehlhalten,
Falkenstein, Anzeiger

Falkenstein, Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Erscheint am Montag, Mittwoch, Freitag und Samstag. Bezugspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfennig. Anzeigen: Die 41 mm breite Zeitzeile: 20 Pfennig für amtliche und auswärtige Anzeigen, 15 Pfennig für hiesige Anzeigen; die 85 mm breite Werbefeldzeile im Textteil 60 Pfennig; tabellarischer Satz wird doppelt berechnet. Kleinanzeigen und Anzeigengebühren 20 Pfennig. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei Wiederholungen unänderlicher Anzeigen in

Freitag
15
November

kurzen Zwischenräumen entsprechender Nachschub. Jede Nachschubbewilligung wird hinfällig bei gerichtlicher Beilegung der Angelegenheiten. — Einfache Beilagen: Tausend 2.50 Mark. Anzeigenannahme: Größere Anzeigen müssen am Tage vorher, kleinere bis aller- spätestens 3 1/2 Uhr vormittags an den Geschäftsstellen eingetroffen sein. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle wird ausschließlich bewilligt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 179 · 1918

Verantwortliche Schriftleitung, Druck und Verlag:
H. Kleinböhl, Königstein im Taunus.
Postfach 100; Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Taunus, Hauptstraße 41.
Fernsprecher 44.

42. Jahrgang

Der Waffenstillstand.

Ein Zusatz zum Vertrag.

Der deutschen Waffenstillstandsdelegation ist folgender Zusatz zu dem Vertrage zugegangen:

„Mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse wird den Bedingungen des Waffenstillstands zur See hinzugefügt: Falls die Fahrzeuge nicht in den bezeichneten Fristen übergeben werden sollten, werden die Regierungen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten das Recht haben, Helgoland zu besetzen, um ihre Uebergabe zu sichern.“

Haag, 14. Nov. „Daily News“ meldet aus Paris: Wie hier verlautet, sind die Bestimmungen des Waffenstillstandes bis jetzt ohne Störung durchgeführt worden. Tatsächlich wünscht Deutschland, daß der Friedenskongreß so schnell wie möglich zusammenkommt.

Berlin, 13. Nov. (W. B.) Die Vertreter der Entente sind in Spaa eingetroffen, um dort mit unseren Delegierten die mit dem Abschluß des Waffenstillstandes zusammenhängenden Fragen weiter zu besprechen. Staatssekretär a. D. von Hinzke ist, wie wir gegenüber irrtümlichen Annahmen feststellen, an diesen Verhandlungen nicht beteiligt.

Die Durchführung zur See.

Wilhelmshaven, 13. Nov. (W. B.) Letzte Nacht gab durch Funkpruch der Chef der englischen Flotte dem Chef der Hochseestreitkräfte Anweisung, sich mit einem Kreuzer an einer bestimmten Stelle einzufinden, um die Besprechungen zur Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen aufzunehmen. — Der kleine Kreuzer „Admiral“ ging mit den Bevollmächtigten des Arbeiter- und Soldatenrats der Flotte zur Zusammenkunft mit den Vertretern der englischen Admiralität in See. Den Vertretern ist eine Vollmacht gegeben worden.

Die Internierung der Kriegsschiffe.

Zu Ziffer 23 der Waffenstillstandsbedingungen (Internierung deutscher Kriegsschiffe) in neutralen Häfen der verbündeten Mächte, sind von England zunächst folgende Kriegsschiffe namhaft gemacht worden:

„Bayern“, „König Albert“, „Großer Kurfürst“, „Kronprinz Wilhelm“, „Markgraf“, „Friedrich der Große“, „König Albert“, „Kaiserin“, „Kaiser“, „Prinzregent Luitpold“, „Hindenburg“, „Derfflinger“, „Seydlitz“, „Moltke“, „von der Tann“, „Brummer“, „Bremse“, „Röln“, „Dresden“, „Emden“, „Frankfurt“, „Wiesbaden“, und 50 modernste Zerstörer. Die Abfahrt muß bis zum 18. November 5 Uhr vormittags erfolgen. Das Ziel ist noch nicht genannt. Die Schiffe sollen mit reduzierter Besatzung fahren und ohne Munition.

Bewegungen der englischen Kriegsschiffe.

Kopenhagen, 14. Nov. Eine englische Flottenabteilung erschien heute morgen im Großen Belt. Es war nicht möglich, zu sehen, wie viele Einheiten, aber es waren Schiffe jeder Größe. Die Flotte wartet die Aushebung der Minen ab. Heute morgen haben dänische Kriegsschiffe mit der Säuberung des Belt angefangen. Aus Wamdrup wird gemeldet, daß sieben englische Kriegsschiffe außerhalb Helsingborg, neun außerhals Helsingborg beobachtet wurden. Wie verlautet, sind viele englische Landboote in die Östersee eingelaufen, nachdem die deutschen Wachtschiffe entfernt waren.

Ein Präliminarfrieden?

Röln, 14. Nov. Wie die „Rölnische Volkszeitung“ von zuverlässiger Seite erfährt, ist der Abschluß eines Präliminarfriedens bereits angebahnt. Bei den Verhandlungen im französischen Hauptquartier waren, wie dem Blatt mitgeteilt wird, nur Franzosen und Engländer beteiligt, Italiener und Amerikaner waren nicht zugegen.

Die Lebensmittelversorgung durch die Entente.

Haag, 14. Nov. Holländisch Nieuwsbureau meldet aus Washington vom 13. November: Der schweizerische Geschäftsträger in Washington übermittelte dem Staatssekretär Lansing folgendes Telegramm des deutschen Reichslanzlers:

„Die deutsche Regierung bittet den Präsidenten der Vereinigten Staaten, dem deutschen Reichslanzler dringlich mitzuteilen, ob er damit rechnen darf, daß die Regierung der

Vereinigten Staaten bereit ist, ohne Zeitverlust Lebensmittel nach Deutschland zu schicken, falls die öffentliche Ordnung in Deutschland aufrechterhalten werde und eine gerechte Verteilung der Lebensmittel verbürgt sei.“

Hierauf hat Staatssekretär Lansing geantwortet:

„Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie folgende Antwort der deutschen Regierung zukommen ließen: In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses hat der Präsident der Vereinigten Staaten am 11. November mitgeteilt, daß die Vertreter der assoziierten Regierungen in der Sitzung des Obersten Kriegsrates in Versailles durch einstimmigen Beschluß den Völkern der Zentralmächte die Versicherung gegeben haben, daß unter den gegenwärtigen Umständen alles, was möglich ist, getan wird, um diese Völker mit Lebensmitteln zu versorgen und die ungeheure Not, die an vielen Stellen Menschenleben bedroht, zu lindern, und daß sofort Schritte unternommen werden, um diese Hilfsversuche in der gleichen systematischen Weise zu organisieren, wie dies im Falle von Belgien geschehen ist. Weiter hat der Präsident seine Ansicht dahin geäußert, daß es durch die Benützung der stillliegenden Tonnage der Zentralmächte gegenwärtig möglich sein müsse, die leidende Bevölkerung von der Angst vor dem übergroßen Elend zu befreien, so daß sie ihre Vernunft und ihre Tatkraft für die weiteren Aufgaben des politischen Wiederaufbaus zurückgewinnen. Deshalb hat der Präsident mich beauftragt, zu erklären, daß er gewillt sei, die Ausschickung von Lebensmitteln nach Deutschland im günstigsten Sinne zu erwägen und diese Angelegenheit sofort den assoziierten Regierungen anheim zu stellen unter der Bedingung, daß nachweislich in Deutschland die öffentliche Ordnung besteht und fortbestehen wird und daß eine gerechte Verteilung der Lebensmittel nachweislich garantiert werden kann.“

Genehmigen Sie bitte den Ausdruck meiner erneuten Hochachtung.
Robert Lansing.“

Die deutschen Katholiken an den Papst.

Röln, 14. Nov. Die „Rölnische Volkszeitung“ veröffentlicht einen Hilferuf der deutschen Katholiken an den Papst, worin es heißt:

Das Rölnische Komitee der deutschen Katholiken im Rheinland bittet im Namen aller deutschen Katholiken Eure Heiligkeit aufs dringendste, zum Schutze des bedrängten deutschen Volkes, das von schweren Leiden und bitterer Hungersnot bedroht ist, Ihre Stimme zu erheben. Heimsuchungen stehen uns bevor, viel schlimmer als die vier Kriegsjahre. Nach dem Wortlaut der grausamen Waffenstillstandsbedingungen können die Vielverhandländer das deutsche Volk in das schlimmste Verderben treiben. Die verlangte Abgabe des für uns unentbehrlichen Eisenbahnmateriells legt den für die Ernährung des seit vier Jahren hungernden Volkes nötigen Verkehr nieder. Die Lebensmittel für die feindlichen Besatzungstruppen sind nicht aufzubringen. Instandigst bitten wir darum Eure Heiligkeit im Namen der Menschlichkeit und der Grundsätze der Religion, bei den Verbündeten für das Recht zum Leben unseres Volkes einzutreten.

Wilhelm II. in Holland.

Haag, 14. Nov. (W. B.) Anlässlich der in der Presse verbreiteten, einander widersprechenden Ansichten über den Charakter des Aufenthaltes des früheren deutschen Kaisers in Holland, wobei auch von Internierung die Rede war, wurde dem Korrespondenz-Bureau mitgeteilt, daß mit der Thronensagung jede Beziehung des Kaisers zur deutschen Armee aufgehört hat.

Der Kronprinz.

Der ehemalige deutsche Kronprinz wurde mit seiner militärischen Begleitung nach Swalmen gebracht, wo er auf dem Schloß des Grafen Metternich interniert wird. (Graf Metternich, der dem aus Hessen stammenden katholischen Geschlecht angehört, ist 1883 in Holland naturalisiert worden. Der Berichtsfasser.)

Prinz Heinrich von Preußen.

Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen befinden sich gegenwärtig auf dem Schloß des Herzogs Friedrich Ferdinand zu Schleswig-Holstein in Grünholz bei Schwansen. Der Prinzessin wurde durch einen Schuß auf der Flucht der Arm verwundet. Sie ist in ärztlicher Behandlung. In den letzten Tagen wurde von einer Patrouille des Solda-

mentares das Automobil des Prinzen Heinrich beschlagnahmt. Der Prinz gab den Kraftwagen freiwillig heraus und erklärte der Patrouille, er habe den Wunsch, sein Gut Hemmelmark bei Ederförde zu beziehen.

Beschlagnahme des Kronsideikommißvermögens.

Die preussische Regierung erläßt folgende Bekanntmachung betreffend die Beschlagnahme preussischen Kronsideikommißvermögens: Sämtliche zum preussischen Kronsideikommißvermögen gehörige Gegenstände werden hierdurch mit Beschlagnahme belegt. Die Verwaltung wird dem preussischen Finanzministerium übertragen. Das nicht zum Kronsideikommißvermögen gehörige, im Sondereigentum des Königs und der königlichen Familie stehende Vermögen wird hierdurch nicht berührt.

Weitere Thronverzichtete.

Fürst Friedrich von Waldeck-Pyrmont und der Herzog Bernhard von Sachsen-Meiningen haben abgedankt. Auch der Herzog von Koburg-Gotha ist zurückgetreten.

Schwerin, 14. Nov. (W. B.) Gemäß dem Beschluß des Ministeriums verzichtete der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin für sich und sein Haus auf den großherzoglichen Thron.

Rücktritt des Staatssekretärs v. Baldow.

Berlin, 14. Nov. Staatssekretär v. Baldow ist von der Leitung des Kriegsministeriums zurückgetreten und hat bereits die Geschäfte an die Unterstaatssekretäre von Braun und Peters übergeben. Ueber seine Nachfolge ist bis zur Stunde noch nicht entschieden.

Das Regierungsprogramm in Preußen.

Eine Rundgebung.

Berlin, 13. Nov. (W. B.) An das preussische Volk! Preußen ist, wie das Deutsche Reich und die anderen deutschen Bundesstaaten durch den Willen des Volkes zum freien Staat geworden. Aufgabe der neuen preussischen Landesregierung ist es, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln. Ueber die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Ausland wird die verfassunggebende Versammlung entscheiden. Ihre Wahl erfolgt auf den Grundlagen des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen und nach dem Verhältniswahlrecht. Bis zum Zusammentritt der verfassunggebenden Versammlung hat die vorläufige Regierung, die getragen ist von dem Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Geschäfte übernommen. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, im engen Zusammenhang mit der neuen Reichsleitung für die Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Sie ist dabei angewiesen auf das Verständnis und den guten Willen der Bevölkerung im allgemeinen und insbesondere auf die gewissenhafte Mitarbeit aller Beamten in Staat- und Selbstverwaltungskörperschaften. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen. Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue, freie Preußen stellt, sind in Zukunft gestellt, seien nur diese hervorgehoben: Durchführung der uneingeschränkten Ausrüstungsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten, gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Alterspensionäre, und bis zur endgültigen Regelung die Gewährung ausreichender Lernerzulagen, Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volksschule und Schaffung einer Einheitschule, Befreiung der Schule von jeglicher kirchlichen Bevormundung, Trennung von Staat und Kirche, Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften, Beseitigung der Gutsbezirke, völlig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevvertretungen in Stadt und Land, entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialverwaltungskörper, raschster Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle, Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft, Bergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe, Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus, Reform des

gesamten Steuerwesens nach den Grundjahren strengster sozialer Gerechtigkeit. Es ist eine erste schwere Zeit, in der die Regierung an ihre Arbeit gehen muß.

Bedrückend ist die Fülle der Aufgaben, vor die sich sie gestellt sieht. In den vier Jahren des furchtbaren Krieges haben sich die menschlichen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes erschöpft. Nur durch einmütiges Zusammenstehen des gesamten Volkes kann der Untergang abgewendet werden. Nur so können wir denen, die jetzt aus dem Felde zurückkehren sollen, nicht ihre Leiden und Opfer vergessen, wohl aber die Fortsetzung dieser Leiden ersparen. Nur so können wir das Gespenst des Hungers bannen, das vornehmlich unsere Frauen, Kinder und Kranken schon jetzt aufs schwerste bedroht. Was wir alle haben wollen: Freiheit, Frieden und Brot kann nur gesichert werden, wenn das wirtschaftliche Leben in Stadt und Land aufrecht erhalten bleibt. Darum steht zusammen, helfe mit zum Wohl des Ganzen!

Berlin, 13. November 1918.

Die preußische Regierung: Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Hämisch, Adolf Hoffmann.

Berlin, 13. Nov. (W. B.) Bekanntmachung. Nachdem wir heute im Namen des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenrates die Staatsleitung in Preußen übernommen haben, fordern wir sämtliche preußischen Behörden und Beamten auf, ihre amtliche Tätigkeit fortzusetzen, um auch ihrerseits im Interesse des Vaterlandes zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung beizutragen, wogegen ihnen ihre gesetzlichen Ansprüche unverkürzt verbleiben sollen.

Die preußische Regierung: Hirsch, Ströbel, Eugen Ernst, Hämisch, Adolf Hoffmann.

Die neuen Regierungsorgane.

Der Deutsche Reichsanzeiger und „Königlich Preussische Staatsanzeiger“ erscheint jetzt mit einem neuen Kopf. Das „Königlich“ ist weggefallen. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ist ihrer traditionellen Aufgabe getreu Blatt der neuen Regierung. Sie heißt nunmehr „Deutsche Allgemeine Zeitung“ und wird, wie sie erklärt, den verantwortlichen Männern in der Regierung helfen, ihre Aufgabe so zu lösen, wie es dem Wohle des Ganzen entspricht.

Baden.

Karlsruhe, 14. Nov. Die badische vorläufige Volksregierung hat heute folgende Erklärung erlassen:

1. Der Großherzog hat auf die Ausübung der Regierungsgewalt verzichtet.
2. Alle Staatsgewalt ist in den Händen der badischen vorläufigen Volksregierung.
3. Wir erklären hierdurch, daß Baden eine freie Volksrepublik ist.
4. Endgültig über die Staatsform entscheidet die badische Nationalversammlung.
5. Die Nationalversammlung wird am Sonntag, den 5. Januar 1919 gewählt. Sie tritt innerhalb zehn Tagen nach der Wahl in Karlsruhe zusammen.
6. Die Wahl zur Nationalversammlung findet nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Verhältniswahlsystems durch alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen statt, die am Tage der Wahl Badener sind.

Der Großherzog hat am Mittwoch den Minister a. D. v. Bodmann beauftragt, der provisorischen Regierung folgende Erklärung zu übermitteln:

„Ich will kein Hindernis derjenigen Neugestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse des badischen Landes sein, welche die verfassunggebende Versammlung beschließen wird. Bis zu deren Entscheidung verzichte ich auf die Ausübung der Regierungsgewalt. Ich wünsche auch für den Fall, daß die provisorische Regierung es für ein Gebot der Stunde erachten sollte, die republikanische Staatsform schon vor der Entscheidung der verfassunggebenden Versammlung zu beschließen, daß die Beamten im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit ihren Dienst weiterführen, und daß niemand sich durch Rücksicht auf meine Person oder die Treue und Anhänglichkeit für mich und mein Haus abhalten läßt, die Anordnungen der neuen Regierung zu befolgen. Gott schütze mein liebes Badener Land.“

Die Kriegsgefangenen.

Berlin, 13. Nov. (W. B.) Die Arbeiter- und Soldatenräte werden ersucht, zu veranlassen, daß die Kriegsgefangenen von folgender Erklärung der Regierung in Kenntnis gesetzt werden:

Die Regierung wird dafür sorgen, daß die im Inlande befindlichen Kriegsgefangenen, welche nicht die Absicht haben, hier zu bleiben, Gelegenheit erhalten, nach Friedensschluß ohne Verzögerung in die Heimat zurückzukehren. Sie empfindet das harte Los der Kriegsgefangenen in unserem Lande ebenso wie dasjenige der deutschen Kriegsgefangenen im Auslande. Sie erwartet, und wird nachdrücklich eingreifen, sobald von untergeordneten Behörden und Privatpersonen ein Uebergriß gegen sie erfolgt. Sie fordert aber die Kriegsgefangenen im eigenen Interesse auf, bei ihrer Beschäftigung bis zu dem angegebenen Zeitpunkt auszuhalten. Ein Zurückfluten der Kriegsgefangenen unter Mißachtung des gegungen Plans für die Rückbeförderung müßte zu schwerstem Schaden für sie selbst wie für die Bevölkerung führen.

Gegen ein planloses Zurückfluten der Truppen.

Berlin, 14. Nov. (W. B. Amtlich.) Dem Rat der Volksbeauftragten ist bekannt geworden, daß durch die Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates in Köln eine unge-

heure Katastrophe und Chaos vermieden worden sind, die durch die planlos zurückflutenden Truppenteile und die aus Furcht vor Internierung fliehenden, im militärischsten Alter stehenden Zivilpersonen zu entstehen drohten. Zum Abfangen dieser Leute wurde im Stappengebiet ein Rordon gebildet, der die zurückflutenden Soldaten aufnimmt, sie ihren Truppenteilen zuführt, und für die Einsammlung der Waffen sorgt. Ein zweiter Rordon wird an allen Rheinübergängen gebildet.

Das Verhalten des Arbeiter- und Soldatenrats in Köln in dieser Angelegenheit ist für sämtliche Arbeiter- und Soldatenräte vorbildlich. Die große Aufgabe der Demobilisierung kann nur dann ohne schwere Erschütterungen der öffentlichen Ordnung gelöst werden, wenn die Arbeiter- und Soldatenräte den Demobilisierungsbehörden freiwillige Hilfe leisten.

Grundlose Befürchtungen.

Berlin, 13. Nov. (W. B.) Aus linksrheinischen Landesteilen wird gemeldet, daß die Bevölkerung durch Gerüchte beunruhigt wird, wonach die Alliierten beabsichtigen, bei der Besetzung dieser Gebiete die wehrpflichtige deutsche Bevölkerung zu internieren. Demgegenüber sei festgestellt, daß diese Befürchtungen gänzlich haltlos sind. Auf Seiten der Entente bestehen für solche Maßregeln nicht die geringsten Gründe.

Von der Armee Madensen.

Budapest, 14. Nov. Mit Bezug auf die Depesche des Feldmarschalls Madensen an den ungarischen Nationalrat wegen des Durchzugs der deutschen Armee aus Rumänien verweist die Regierung auf die strikten Verfügungen des Waffenstillstandsvertrages, welche die Entwaffnung der Armee Madensen zur Pflicht machen. Nach der heutigen Lage besteht wenig Aussicht, die deutschen Truppen mit der Bahn zu befördern weshalb ein großer Teil der Armee den Heimweg in Fußmärschen werde zurücklegen müssen.

Abtransport der deutschen Soldaten und Beamten aus Polen.

Warschau, 14. Nov. (W. B.) Meldung des Arbeiter- und Soldatenrates. Der Abtransport der deutschen Soldaten und Beamten aus Warschau und Polen hat gestern eingesetzt.

Verbrüderung mit Franzosen.

Paderborn, 13. Nov. (W. B.) Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet: Die Befähigung der heute nachmittag 1.30 Uhr von der Front nach hier zurückgekehrten Flugzeuge berichtet, daß in den französischen Schützengräben von der belgischen Grenze bis Mons die rote Fahne gehißt ist, und daß die deutschen Truppen sich mit den französischen verbrüder haben.

Die Alliierten in Konstantinopel.

Haag, 14. Nov. Aus London wird gemeldet: Die britische Admiralität macht bekannt, daß die Flotte der Alliierten am 12. November die Dardanellen passierte. Die britischen und indischen Truppen, die die Forts besetzt halten, paradierten als die Flotte vorüberfuhr. Am 13. November lief die Flotte in Konstantinopel ein.

Ein Appell an die Ententevölker

erläßt der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates in dem es u. a. heißt: Wie die Gewaltpolitik im Innern, so soll auch die Gewaltpolitik nach außen in Deutschland für immer dahin sein. Niemals wieder soll der deutsche Militarismus sein Haupt erheben. Ein friedliches Zusammenleben der Völker, ein allen ersprießlicher Wirtschaftsverkehr und ein auf den dauernden Frieden und wirtschaftlicher Freiheit aufgebauter Völkerbund ist das Ziel der deutschen Arbeiter und Soldaten.

Ihr Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens und Amerikas habt oft versprochen, daß solcher Friede euer Ziel sei. Laßt jetzt Euer Versprechen zur Tat werden. Tretet dafür ein, daß die Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland dem wirtschaftlichen Ruin und dem völligen Hungertode preisgeben, gemildert werden. Tretet dafür ein, daß ein Friede zustande kommt, der den Aufbau einer neuen glücklicheren und friedlicheren Welt ermöglicht, ein Friede, der ein künftiges Völkermorden unmöglich macht.

Kleine politische Nachrichten.

Die Tagung des Zentralausschusses der Volkspartei verboten.

Die für den 16. November anberaumte Sitzung des Zentralausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei ist vorläufig verboten worden.

Trochij zurückgetreten.

Nach einem Telegramm aus Helsingfors ist Trochij als Kriegsminister zurückgetreten.

Ausweisung der Gesandtschaft der russischen bolschewistischen Regierung aus der Schweiz.

Bern, 14. Nov. (W. B. Nichtamtlich.) Die Gesandtschaft der russischen bolschewistischen Regierung, die immer noch in der Schweiz anwesend war, ist heute unter militärischer Eskortierung in 15 Automobilen von Bern an die Landesgrenze befördert worden. Der Bundesrat hat vor einiger Zeit ihre Ausweisung beschlossen.

Verfassungsunruhen in neutralen Ländern.

Die „Neue Freie Presse“ berichtet über Unruhen in der Schweiz, Holland, Spanien und Schweden auf Grund geforderter Verfassungsrevisionen.

Das Große Hauptquartier.

Das Große Hauptquartier mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg an der Spitze wird morgen vormittag in Böhlenhöhe eintreffen und in dem dortigen Schloßhotel, das schon für die Aufnahme Vorkehrungen getroffen hat, Wohnung nehmen.

An die Ober- und Regierungspräsidenten.

Berlin, 14. Nov. (W. B.) Telegraphischer Erlass an alle Ober- und Regierungspräsidenten: Aus Anlaß der Verwaltungsbehörden ergingen Anfragen hierher, in welchen Formen sich die Zusammenarbeit mit den Arbeiter- und Soldatenräten sowie mit etwa entstandenen Bauernräten am zweckmäßigsten vollziehen soll. Auf diese Anfrage ist zu erwidern, daß die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates bzw. Bauernrates als Kontrollinstanz den einzelnen Verwaltungsbehörden, insbesondere also den Oberpräsidenten, den Regierungen und Landratsämtern zur Seite zu treten haben und bei allen wichtigen Verhandlungen hinzuzuziehen sind. Die Form dieser Zuziehung wird sich vom Standpunkt gegenseitiger lokaler Unterstützung im einzelnen leicht finden lassen, wenn dabei das Ziel unbedingter Fernhaltung jeder Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Auge behalten wird.

Die preußische Regierung: Hirsch, Ströbel.

Neue Einschränkungen im Fernverkehr.

Berlin, 14. Nov. Wie die Staatsbahndirektion Berlin mitteilt, kann zur Durchführung der Demobilisierung nur noch ein geringer Teil der bisherigen Züge für den öffentlichen Verkehr gefahren werden. Für die nächste Zeit, vielleicht schon für die nächsten Tage, muß sogar mit einer völligen Einstellung des gesamten, nicht zum Militärverkehr dienenden Personenverkehrs gerechnet werden. Der Beschränkung kann daher nur angeraten werden, Reisen jeder Art zu unterlassen, zumal die Reisenden keine Gewißheit haben, daß sie Gelegenheit zur Rückreise finden.

Die Postzensur.

Berlin, 14. Nov. (W. B.) In einzelnen Tageszeitungen wurde gestern die Nachricht verbreitet, daß die Postzensur unter der neuen Regierung nicht fortbesteht, und daß Briefe von nun an geschloffen nach dem Auslande befördert werden können. Diese Nachricht entspricht nicht den Tatsachen. Die Postzensur muß selbstverständlich auch unter der neuen Regierung fortbestehen, aber unter ganz anderen Gesichtspunkten. Es muß vermieden werden, daß, solange keine definitiven Befehle heraus sind, größere Vermögenswerte durch kapitalistische Elemente ins Ausland abgeschoben werden, und damit reaktionären Einflüssen vom Ausland her von vornherein die Spitze abgebrochen wird. Eine endgültige Regelung erfolgt in Kürze durch den Vollzugsrat.

Internierung deutscher Generalkonsuln in Rußland.

Das Personal der deutschen Generalkonsulate in Moskau und Petersburg ist interniert worden. Es ist nicht sicher, von wem diese Maßregel ausgeht. In Petersburg ist das deutsche Generalkonsulat in den Händen eines revolutionären Komitees, das seine Festnahme mit Hilfe von Rotgardisten vorgenommen hat und über dessen Zusammenfassung man keine nähere Nachrichten hat. In jedem Falle widerspricht die Maßregel der Extraterritorialität, für deren Schutz die russische Regierung verantwortlich ist. Die deutsche Regierung hat daher ein Ersuchen um Aufklärung an sie gerichtet. Sobald über das Schicksal der deutschen Generalkonsulate entschieden ist, wird sich auch die deutsche Regierung wieder mit der Frage der russischen Völkerschaft befassen, die sich noch in Wirtel aufhält.

Plünderer im Berliner Schloß.

Berlin, 14. Nov. Gestern nachmittag erschienen ungefähr 50 Soldaten und einige Zivilpersonen vor dem Schloß und begehrten Einlaß unter der falschen Behauptung, im Namen des Arbeiter- und Soldatenrates mit der Suche nach Lebensmitteln beauftragt zu sein. Der den Eintritt verweigernde Posten wurde bei Seite geschoben und die Bande drang in die Räume, wo sie zu plündern begann. Die sofort benachrichtigte Regierung ließ darauf das Schloß von den im Marstall untergebrachten Matrosen, die den öffentlichen Sicherheitsdienst versehen, besetzen und durchsuchen. Es gelang, der ganzen Bande habhaft zu werden. Außer Lebensmitteln wurden viele Kunstgegenstände von hohem Werte bei den Plünderern gefunden. Die Bande, die zum größten Teil aus fahnenflüchtigen Soldaten besteht, wurde in sicheren Gewahrsam gebracht.

Verhaftungen.

Berlin, 14. Nov. Wie die „Nationalztg.“ hört, sind gestern abend aus Gründen, die noch der Klärung bedürfen, Vorstandsmitglieder des „Rates der geistigen Arbeiter“ verhaftet worden. Die Verhaftung hängt wahrscheinlich mit Differenzen zusammen, die sich mit dem A. und S.-Rat bezüglich des Programms ergeben haben.

Luxemburg.

Luxemburg, 14. Nov. Die luxemburgische Kammer nahm eine Tagesordnung an, wonach die Großherzogin eingeladen wird, auf die Ausübung der souveränen Gewalt zu verzichten, bis das Volk durch ein Referendum die künftige Staatsform bestimmt habe. Die Liberalen und die Sozialisten stimmten für die einfache Abdankung, während die Merkanten und die Freie Volkspartei für die Entscheidung durch das Volksreferendum waren.

Lokalnachrichten.

* **Königsstein, 15. Nov.** Die neue Zeit. Seit gestern weht hier von den öffentlichen Gebäuden, dem Rathaus usw. die rote Flagge. Der Arbeiter- und Soldatenrat führt die Kontrolle der Geschäfte des Bürgermeisters und übt die militärische Gewalt. Wir verweisen auch auf die Bekanntmachungen im Anzeigenteil.

* **Silberfuss deutscher Frauen.** Der Bund deutscher Frauenvereine hat sich an die Frauenvereine der alliierten Länder mit der dringenden Bitte um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen gewendet, da sonst der Hungertod von Millionen in Deutschland unvermeidlich ist.

* **Frankfurter Börse.** Von heute an wird die offizielle Notierung an der Frankfurter Börse in dem bisherigen Umfang wieder aufgenommen. Die Mittagsbörse findet von 12—2 Uhr, die Abendbörse von 5 bis 6 Uhr statt. Der Börsenvorstand hat beschlossen, der Handelskammer vorzuschlagen, die bestehenden Bestimmungen dahin abzuändern, daß die Mitglieder des Börsenvorstandes künftig nicht mehr von den Handelskammern, sondern von den Börsenbesuchern selbst gewählt werden.

Veröffentlicht auf Antrag des Arbeiter- und Soldatenrates Königsstein.

Sitzung des Soldaten- und Arbeiter-Rates in Bad Homburg v. d. G.

Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden des A. u. S.-R. Herrn Oberlin. Oppel um 8.35 Uhr eröffnet. Der Vorsitzende erteilt das Wort dem Herrn Reichstag-abgeordneten Siebel, welcher folgende Ansprache hielt:

Soldaten, Arbeiter! Unser Vaterland befindet sich in einem Zustand des Beginns. Aufgaben von ganz unübersehbarer Größe und Dringlichkeit drängen sich den Männern auf, die berufen sind, alles wieder in geordnete Gleise zu bringen, zum Besten und zum Wohl des wertvollen Arbeiters und des ganzen Volkes. Die Freiheit, die sich das Volk auf den blutgetränkten Schlachtfeldern in Ost und West und Süd erkauft hat, kann zu der Ansicht verleiten, daß sie darin besteht, als ob nun jeder einzelne machen könnte was ihm beliebt. Die Freiheit, die es gestatten würde, daß jeder nach seinem Kopf ohne die Tragweite seines Handelns ermessen zu können, handeln würde, wäre nicht Freiheit, sondern Anarchie der bedenklichsten Art, wäre Anarchie mit der Gefährlichkeit von aller Not für die breiten Volksmassen, die Freiheit, die getragen ist von den Soldaten und Arbeitern soll eine Freiheit der Ordnung sein, stellt an den einzelnen das Verlangen, daß er es weiß und begreift, daß er sich einzureihen hat in den Rahmen der Gesamtheit. Es besteht vielfach eine eigentümliche Auffassung über den Begriff der Pflichterfüllung. Früher hat man in der Kriegszeit die Vernachlässigung gegen das Wohl des Ganzen als Landesverrat bezeichnet, heute wird derjenige, der nicht diszipliniert und unbedacht seinen Willen und seine Freiheit in den Dienst stellt zum Verräter an seinem Volk. (Sehr richtig.) Das darf nicht sein. Ich appelliere im Namen der Reichsregierung, daß jeder auf seinem Posten, jeder in der alt hergebrachten Pflichterfüllung seine ganze Arbeitskraft zum Wohle des Volkes zur Verfügung stellt. Wir Arbeiter waren es immer gewöhnt gewesen zu arbeiten und zu schaffen, wir haben dabei meistens für fremde Interessen schaffen müssen. Die Arbeit war daher nicht geeignet gewesen uns zufrieden zu stellen, und uns zu beleben. Jetzt wo es gilt die Arbeitskräfte im Dienst der Gesamtheit zu vollbringen, jetzt gilt es, sich auf den Boden der disziplinierten Arbeit zu stellen. Freiheit bedeutet nicht das untätige Beiseitestehen. Freiheit heißt Pflichten zu übernehmen und Pflichten zu erfüllen. Wir werden es mit eiserner Strenge erfüllen. Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen. Das gilt nicht nur für den im schlichten Bürgerrock, das gilt auch für den im Waffenrock. Jeder muß seine ganze Arbeitskraft an der Stelle zur Verfügung stellen, wo er steht, tut er das nicht, so muß dies zu einer Katastrophe führen. Ich möchte mich im wesentlichen an die Soldaten wenden. Wir alle die wir das blutige Handwerk zum Teil unmittelbar selbst betreiben mußten, wir, die wir in der politischen Arbeit bestritten waren dem blutigen Handwerk ein Ende zu bereiten, wir wissen, daß in uns allen der Wunsch besteht: — Nach Hause, nach Hause, zu den Deinen. Doch wir müssen das zügeln aus einer bitteren Notwendigkeit und unter der Einsicht der tatsächlich bestehenden Verhältnisse. Genossen! Stellt Euch vor, was es bedeutet, wenn heute die Heereskörper aus dem Westen, aus dem Osten ziellos hereinströmen über unser Land. Wir haben bislang in der Kriegszeit notdürftig mit unserer Ernährungslage uns aufrecht erhalten können. Das was man uns früher immer erzählt hat, die deutsche Landwirtschaft sei leistungsfähig genug, das deutsche Volk zu ernähren, hat sich als eine glatte Unmöglichkeit herausgestellt. Seit 1915 darbt das deutsche Volk, weil es durch die Blockadepolitik der Gegner nicht möglich war, die notwendigen Mittel für das Land hereinzuschaffen. Unsere Ernten sind schlechter geworden, unser Land hat nicht mehr den Kunstbäcker bekommen können, es ging daher in seinem Ertrag zurück. 1918 war nur eine schlechte Mittelernte, die Kartoffelernte war dürftig, die Körnerfrüchte etwas reichlicher. Der Viehbestand, der sehr groß gewesen ist, mußte abgeschlachtet werden, weil keine Futtermittel aus dem Ausland hereinkamen. Zuerst wurden die Schweine geschlachtet, dann kam auch der Rinderbestand an die Reihe. Dadurch wurde auch die Versorgung mit Fett geringer. Als es anfang gering zu werden, mußte ein System geschaffen werden, das sehr empfindsam gewesen ist. Rheinland-Westfalen zum Bei-

spiel, war vollständig auf die deutsche Landwirtschaft schon vor dem Krieg angewiesen. Jetzt kamen auch noch außerdem verkehrspolitische Schwierigkeiten dazu. Ich bitte Euch jetzt auszumalen, wohin es führen muß, wenn durch unorganisierte Zufälligkeiten unsere Millionen Volksgenossen aus dem Westen hereinströmen würden, sie würden sich wie ein Heuschreckenschwarm über unser Land ergießen. Es würde dadurch eine Katastrophe entstehen. Was würde die Folge sein? Wenn die Mütter der Arbeiterfamilien, die Mütter jeder kleinen Beamtenfamilie und überhaupt des gesamten kleinen Mannes nicht mehr wissen, wo sie das Brot für ihre hungernden Kinder beibringen sollen. Wenn die Kinder verzweiflungsvoll nach einem Bißchen Brot schreien. Da kann man sich wohl ausdenken, was die Folge ist. Wir werden zu Plünderungen, zu Mord, zu gegenseitigem Totschlag kommen, ein Zustand wird eintreten, den die Welt noch nicht erlebt hat. Diese Entwicklung wird sich eine Zeitlang auf das Land hinaus erstrecken und dann werden die Massen, den Wahnsinn im Auge, rauben und plündern auf dem Land. Was bei organisatorischem Erfassen noch möglich war, das wird nun verworfen, wird veran und verschleudert. Und wie es dann auf dem Land aussehen wird, das könnt ihr euch denken. Brände und schwere Verbrechen werden vorkommen. Und was wird weiter die Folge sein? Nicht alle können hinaus, um auf eigene Faust zu requirieren. Die Frauen und Kinder werden zurückbleiben, um am Hungertypus zu Grunde zu gehen. Wenn dann die Menschen sterben, daß sie nicht alle rasch bestattet werden können, werden Pest und Epidemien entstehen. Wie von der Haltung des Einzelnen das Geschick eines Volkes abhängt, so muß darauf hingearbeitet werden, diese Gefahren von unserem Volk abzuwenden. Wir stehen vor dem Abgrund. Unbedachte Handlungen Einzelner können uns ganz hinabstürzen. Jeder hat die Verpflichtung gegen sich und sein Volk, alles zu unterlassen, diese Katastrophe von uns abzuwenden. Ich appelliere im Namen der neuen Volksregierung an euch, die bestehenden Verwaltungen jeder Art aufrecht zu erhalten und durch ein diszipliniertes Mitarbeiten alle zu unterstützen. Nur wenn Volk und Regierung zusammenstehen, wird es möglich sein, diese Katastrophe zu verhindern. Es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als an Euch alle zu appellieren, bewahrt eure Manneszucht. Wir Arbeiter haben in unseren gewerkschaftlichen Organisationen das immer geübt. Wir, die wir in der jetzigen politischen Organisation den geistigen Kernpunkt sind, wir wollen zeigen, daß wir auch Freiheit genug besitzen, unser Volk über diese schwere Zeit hinweg zu leiten. Jetzt muß die Auffassung und der Wunsch des Einzelnen zurücktreten hinter den Wohl der Gesamtheit. Wir, die wir immer danach gehandelt haben, uns wird es nicht schwer fallen. Die Disziplin muß auch in dem großen Heereskörper erhalten bleiben. Ohne ein Einreihen jedes Einzelnen in den großen Heereskörper ist eine Organisation undenkbar. Wir wenden uns an den Verstand und die Einsicht des Soldaten. Wir haben deshalb den Soldatenrat gebildet. Wenn wir die alte Disziplin abgeschafft haben, so haben wir sie nur in der Art abgeschafft, die Unterordnung des Einzelnen bei unserem Heereskörper im Dienst muß erhalten bleiben. Ich möchte dringend bitten, dieses den Arbeitern und Soldaten mitzuteilen. Der Soldatenrat, der entsprungen ist aus dem Selbstbewußtsein, er hat gewaltige Aufgaben zu erfüllen, die hereinströmenden Heereskörper ruhig und sicher zu erhalten, daß alles geordnet geregelt werden kann. Wie ich mir ein Volk ohne leitende Stellen nicht vorstellen kann, so ist es auch Pflicht für jeden Einzelnen, so zu handeln, wie die vom Volk gewollte Regierung es für notwendig hält. Wir mögen in dem einen oder anderen nicht mit ihr zufrieden sein, dann können wir sie durch andere ersetzen. Solange sie aber besteht, müssen wir sie unterstützen, bis die Nationalversammlung gewählt ist. Ich appelliere an euch, so zu verfahren. Wenn das vertrauliche Verhältnis zwischen Offiziere und Mannschaften besteht, werden die Aufgaben erfüllt werden und die Demobilisierung wird durchgeführt werden können. Jetzt, wo wir gewillt sind unser Volk neu zu bilden, muß es doch aus dem Herzen herausquillen, was zu tun ist in dem Dienst der neuen Zeit, voll zu erfüllen. Handelt danach, lehrt zurück zur Arbeit, übt Disziplin, aufrecht, freiwillig als deutsche Männer. (Langanhaltender Beifall.)

Wiesbaden, 13. Nov. Diebe plünderten nachts die hiesige Wohnung des russischen Erzprieesters Protosop, der sich seit Kriegsbeginn in der Schweiz aufhält.

Beraubung eines Petroleum-Zuges.

60 Personen getötet, über 100 verletzt.

Budapest, 13. Nov. Bei Beraubung eines Petroleum-zuges in der Nähe von Szabadka durch Bauern erfolgte eine Explosion, wodurch 60 Personen getötet, über 100 verletzt wurden.

Erdbeben.

Ein heftiges Erdbeben schüttelte das nordöstliche Toskana und die angrenzende Romagna heim. Das Dorf Santa Sofia ist fast zerstört, die Dorfkirche stürzte ein und begrub die anwesenden Gläubigen. Die Zahl der Toten ist unbekannt.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Berlin, 13. Nov. (W. B.) Bekanntmachung. Die den deutschen Besitzern von im Auslande lagernden Waren zugegangenen Verfügungs- und Veräußerungsverbote bleiben bestehen.

Die Reichsregierung: gez. Ebert, gez. Haase.

Berlin, 13. Nov. (W. B. Ämtlich.) Aus Anlaß mehrerer Einzelfälle entschied die Reichsregierung, daß die Ar-

beiter- und Soldatenräte nicht befugt sind, Zahlungen aus Regierungs- und Kreisstellen anzuweisen und zu erheben. Ebenso sind die Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt, die bisherigen Gebühren selbständig zu erhöhen.

Berlin, 13. Nov. (W. B.) Für das ausgeschiedene Mitglied des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates v. Beerfelde ist das Mitglied des ehemaligen Aktionsausschusses der Groß-Berliner Truppen Gefreiter Friedrich Trippe in den Vollzugsausschuß eingetreten.

Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates: Mollenbuhr, Richard Müller.

Metalle.

Berlin, 13. Nov. (W. B.) Von allen am Tage des Erlasses dieser Verfügung vorhandenen beschlagnahmten Bestände an Kupfer, Aluminium, Nickel, Zinn, Antimon, Blei, Zink, Chrom, Platin, Stahlhärtungsmetallen und allen Legierungen der vorstehend angeführten Metalle dürfen insgesamt bis zu 20 Prozent jeden Metalls ohne besondere Verwendungserlaubnis für Friedenszwecke verarbeitet, an die Weiterverarbeiter geliefert und dem Verbrauch zugeführt werden. Von jeweiliger Neuproduktion werden gleichfalls laufend 20 Prozent wie oben freigegeben. Die vertraglich an die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft zu liefernden Mengen müssen voll zur Ablieferung gebracht werden. Es wird von der Einsicht der einschlägigen Industrie erwartet, daß Sparmetalle nur soweit Verwendung finden, als Ersatzmaterial nicht anwendbar erscheint. Weitere Maßnahmen folgen.

Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung.

Bekanntmachung

des Soldaten-Rates zu Königsstein im Taunus.

1. Sämtliche Militärpersonen, die sich auf Urlaub in Königsstein befinden oder in Urlaub hier eintreffen, haben unverzüglich ihre Waffen auf dem Meldebüro des Soldaten-Rates, Hauptstraße „Park-Hotel“ abzuliefern.
- Die Anmeldung desurlaubes hat sofort zu erfolgen.
2. Reiseerlaubnis nach Mainz, Coblenz und Ebn und nach dem Ruhrgebiet kann nicht mehr erteilt werden.
3. Der unnötige Aufenthalt auf dem hiesigen Bahnhof, ganz besonders für Kinder, wird hiermit im Interesse der öffentlichen Ordnung strengstens verboten.
4. Die Eltern werden angehalten, Kinder nach Eintritt der Dunkelheit von der Straße fernzuhalten.

Königsstein, den 15. November 1918.

J. A. des Soldatenrates:
Billmer, 1. Vorsitzender.

Weihnachtskasse „Zum Hirsch“

Königsstein im Taunus.

Die Mitglieder der Kasse werden hiermit gebeten, die Quittungsbücher im Laufe der nächsten Woche bez. Nachkontrolle bereithalten zu wollen.

Königsstein i. T., den 15. November 1918.

Der Vorstand.

Jagd-Verpachtung.

Die hiesige Gemeindejagd, circa 280 Morgen Wald und 420 Morgen Feld, angrenzend an den Staatswald, Rotwild wechselweise, Rehe, Hasen, Fühner und Fasanen, soll vom 1. April 1919 bis 31. März 1925 verpachtet werden. Die **Pachtbedingungen** liegen auf dem hiesigen Bürgermeisteramt in den Vormittagsstunden von 10—12 Uhr aus.

Hierzu ist der Termin am **Samstag, den 28. Dezember d. J.**, nachmittags 5 Uhr, auf dem Bürgermeisteramt anberaumt.

Eppstein i. T., den 14. Novbr. 1918.

Der Jagdvorsteher: Müncher.

2 gebrauchte Bettstellen m. Matratzen,
2 Waschtische und
1 Kleiderschrank zu
kauf. Zu erw. i. d. Geschäftsh.

Gute Fahrkuh
preiswert zu verkaufen bei
Gg. Becker, Rammelsheim.
Trauer-Drucksachen
durch Druckerei Kleinböhl.

Die Sparkasse

des

Vorschussvereins zu Höchst a. M.

eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht

nimmt auf ein Sparkassenbuch Beträge von Mk. 1.— an in unbeschränkter Höhe und verzinst dieselben vom Tage der Einzahlung an bis zum Tage der Rückzahlung mit

3 1/2 %

Ferner nimmt der Vorschussverein Darlehen gegen Ausgabe von Schuldscheinen in Beträgen von Mark 500.— an zu 3 1/2 % bei halbjähriger Kündigung und zu 4 % bei ganzjähriger Kündigung. Die Verzinsung beginnt mit dem Tage der Einzahlung.

Der Vorstand.

Todes-†Anzeige.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse wurde gestern Mittwoch 4 Uhr mein innigstgeliebter Sohn, unser guter, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe

Herr **Adam Heber**, Gärtner,

nach kurzer, schwerer Krankheit im 23. Lebensjahre, wohl-vorbereitet durch den Empfang der hl. Sterbesakramente, in ein besseres Jenseits abgerufen.

Um stilles Beileid bitten

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

I. d. N.: Frau Elisabeth Heber Wwe.

Königstein, den 14. November 1918.

Die Beerdigung findet statt am **Samstag**, den 16. November, nachmittags 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes aus.

Die Todesstunde schlug so früh,
doch Gott der Herr bestimmte sie,
du warst so gut, du starbst zu früh,
wer dich gekannt, vergißt dich nie!

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten und Bekannten hiermit die überaus schmerzliche Nachricht, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, am Mittwoch mittag 12 1/2 Uhr unsere unvergeßliche, innigstgeliebte, herzensgute Tochter, Schwester Nichte und Cousine

Lina Gregori

nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von nahezu 18 Jahren zu sich abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Karl Gregori und Frau
nebst Geschwister.

Schneidhain, den 15. November 1918.

Die Beerdigung findet statt: **Samstag** den 16. November 1918 nachmittags 4 Uhr vom Trauerhaus aus.

Nachruf.

Nach kurzer aber schwerer Krankheit verschied am Mittwoch unsere gute stets lebenswürdige Kameradin und Freundin

Fräulein **Lina Gregori**

im blühenden Alter von noch nicht 18 Jahren.

Ein treues Gedenken werden wir der Verstorbenen alle Zeit bewahren.

Schneidhain, den 15. November 1918.

Ihre Kameraden und Kameradinnen
Jahrgang 1901.

Die bisher von Herrn Dr. med. Geisler bewohnte **Villa** nebst Garten, Altkönigsstr. 6 in Königstein, enthaltend 8 Zimmer, ausgebauten Man-sardenst, 2 Balkone, 2 Küchen, Bad und elektr. Licht ist zum 1. April 1919 zu verkaufen, u. umhänden auch zu vermieten. Gefl. Anfragen vermittelt d. Geschäftsh. d. Stg. u. N. 47.

Zwei gute Fahrkühle zu verkaufen
Fischbach, Winkelgasse 4.
Ein gut erhaltener **Landauer** zu verkaufen.
Café Kowald, Königstein.

Briefpapiere u. Briefumschläge
für geschäftlichen u. privaten Gebrauch in Schwarz- oder Buntdruck zu haben in der
Ph. Kleinböhl,
Beruf 44 — Königstein.

An die Bürger und Einwohner von Königstein!

In unserer Stadt hat sich heute, wie im ganzen Deutschen Reich, der Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Derselbe wird unter allen Umständen dafür sorgen, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten bleiben, Leben und Eigentum des Einzelnen geschützt und berechtigten Wünschen und Beschwerden, die ihm vorgetragen werden, Rechnung getragen wird.

Es ergeht daher die Bitte an die hiesigen Einwohner, allen Anordnungen Folge zu leisten.

Der Arbeiter- und Soldatenrat übernimmt die Kontrolle über die gesamte militärische Gewalt. Er sorgt für Ruhe und Ordnung. Plündern und Straßenraub wird strengstens bestraft, unter Umständen mit dem Tode. Offiziere und Militärbeamte verbleiben im Dienst, sofern sie sich den Anordnungen des Soldatenrats fügen. In gleicher Weise werden nach unseren Beschlüssen und Anordnungen alle kommunalen Behörden ihre Tätigkeit fortsetzen.

Von der gesamten Bevölkerung erwarten wir bestimmt, daß sie den Ernst der Stunde erkennt, Ruhe und Ordnung aufrecht erhält.

Insbesondere ersuchen wir die Eltern und Erzieher, Kinder und Jugendliche von den Straßen fern zu halten.

Königstein, den 14. November 1918.

Der Arbeiterrat:

Freund, Haffelbach, Stahl,
Dornauf, Kowald.

Der Soldatenrat:

Billmer, Rahenbach.

Lebensmittel-Verkauf.

Der Lebensmittelverkauf findet diese Woche am **Samstag**, den 16. d. M., im Rathaussaale in folgender Reihenfolge statt:

Brotarten-Nr.	201—300	vorm. von	8—9 Uhr,
	301—400		9—10
	401—500		10—11
	501—600		11—12
	601—800	nachm.	2—2 1/2
	101—200		2 1/2—3 1/2
	1—100		3 1/2—4 1/2

Reihenfolge ist genau einzuhalten. Brotarten sind zur Kontrolle vorzulegen. Lebensmittelfarten - Abschnitt Nr. 14 ist abzugeben.

Königstein im Taunus, den 15. November 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Futtermittel-Ausgabe.

Samstag, den 16. ds. Mts. werden vorm. um 8 Uhr in der Lagerhalle an der Herzog Adolph-Anlage Futtermittel für Pferde und Rindvieh gegen Barzahlung ausgegeben.

Königstein im Taunus, den 15. November 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Bekanntmachung.

Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohlen, Roß und Briketts im November.

Nach Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 15. Oktober (Reichsanzeiger Nr. 251) müssen die gewerblichen Verbraucher von mindestens zehn Tonnen — 200 Zentner Kohlen, Roß and Briketts monatlich die üblichen Meldungen in der Zeit vom 1.—5. November erneut erstatten.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß für die Meldepflichtigen, deren Verbrauchsstellen im Abgabebiete der Rhein. Kohlenhandels- und Reederei-Gesellschaft liegen, und die nach § 5 II eine besondere Meldekarte an den Kohlenausgleich Mannheim zu senden haben, besondere Meldekartenhefte mit 5 Meldekarten zum Preise von 30 Pfg. bei den betreffenden Kriegsamtsstellen erhältlich sind.

Die für Gasfaks zu erstattenden Meldungen sind an die Adresse „Gasfaksabteilung, Berlin W. 62, Aurfürstenstraße 117“ zu richten.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß nach § 9,1 Verkaufsartikeln oder Handelsfirmen nur als Hauptlieferer in Betracht kommen, soweit ihnen von den liefernden Werken der Vertrieb ihrer Produkte übertragen ist.

Im übrigen sind Aenderungen in den Bestimmungen über die Meldepflicht gegenüber dem Vormonat nicht eingetreten.

Die vorgeschriebenen Meldekarten sind bei den bekannten Stellen zum bisherigen Preise von 25 Pfg. für ein Meldekartenheft zu 4 Karten nebst Wortlaut der Bekanntmachung, von 30 Pfg. für ein Heft zu 5 Karten — siehe oben — und von 5 Pfg. für eine Einzelsarte erhältlich.

Bad Homburg v. d. H., 30. Oktober 1918.

Kriegswirtschaftsstelle des Obertaunuskreises.
v. Marx.

Wird veröffentlicht.

Königstein, den 5. November 1918.

Der Magistrat: Jacobs.

Eine **Fournier-Patent-Press**
zu kaufen gesucht.
Gehr. Dörhöfer, Höchst am Main,
Königsteinerstrasse 80.

Polizeiliche Ausweisscheine

sind zu haben in der
Druckerei **Ph. Kleinböhl,**
Königstein, Hauptstrasse 41.

Fettdichtes Frühstückspapier,

weiß, in Rollen zu haben
in der Druckerei

Ph. Kleinböhl,
Königstein, Hauptstr. 41.

Kindes Alleinmädchen

bei guter Behandlung, Be-löstigung und hohem Lohn
gesucht.

Mündliche od. schriftliche An-meldung **Salbanatorium**
Königstein, Zimmer Nr. 43.

Ein fleißiges Mädchen

für Küche und Hausarbeit
gesucht Hauptstrasse 14,
Königstein.

Sauberes, jüngeres Mädchen

gesucht.
Zu erfragen i. d. Geschäftsh.

Sehr schönes weißes Schrankpapier

in 10-Meterrollen zu
haben bei
Ph. Kleinböhl, Königstein
Beruf 44: Hauptstrasse 41.

Schuhbedarfs-scheine

Bezugs-scheine A II

Bestandsfrage-bogen

zu haben in der Druckerei
Ph. Kleinböhl,
Königstein,
Beruf 44 — Hauptstr. 41.

Scheckbriefumschläge und Zahlkarten

werden sauber und vorchrift-mäßig mit der Kontonummer
bedruckt geliefert von der

Druckerei **Ph. Kleinböhl,**
Königstein im Taunus,
Postfachkonto Frankfurt (M.)
Nr. 9927. — Fernsprecher 44.